

S18CP: Umweltgefahr für das Rheintal - Bürger fordern neuen Dialog!

Politische Entscheidungen zur S18CP im Rheintal stehen im Fokus. Negative Umweltauswirkungen und Bürgerforderungen prägen die Diskussion.



Lustenau, Österreich - Am 2. Mai 2025 wird im Rheintal über die Zukunft der Verkehrswege diskutiert. In den letzten Jahrzehnten wurden politische Entscheidungen im Bereich Umweltschutz und der Erhaltung der Lebensgrundlagen als essenziell für die Lebensqualität angesehen. Laut **ÖkoNews** steht der Bau der S18CP zunehmend in der Kritik. Die Trassenführung, von der ein Drittel oberirdisch verläuft, wird den Zielen des Umweltschutzes widersprochen. Während die Notwendigkeit einer Verbindung beider Autobahnen im Ländle unbestritten ist, sind die Bewertungen der S18CP überwiegend negativ.

Die Bedenken konzentrieren sich nicht nur auf die

Verkehrswirksamkeit, sondern auch auf mögliche negative Auswirkungen der S18CP auf Naherholungsräume, Biodiversität, Landwirtschaft, Grundwasser und Klima. In Anbetracht dieser Herausforderungen wurde die bautechnische und genehmigungsrechtliche Situation der S18CP als riskant und problematisch eingestuft. In diesem Kontext fordert der Bürgermeister von Lustenau ein Regionalforum, um aufgrund der Unterstützung der Mehrheit der Lustenauer Bevölkerung nach besseren Verkehrslösungen zu suchen. Auch die Regierungspräsidentin für Verkehr aus der Schweiz betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern für Fortschritte.

Umwelt- und Klimaziele der EU

Die Diskussion um die S18CP ist nicht isoliert zu sehen, sondern steht im Einklang mit den breit angelegten Umwelt- und Klimazielen der Europäischen Union. Ein Bericht vom **Europäischen Parlament** zeigt, dass Europa und die Welt gegen die Herausforderungen des Klimawandels, die Zerstörung von Ökosystemen und den übermäßigen Verbrauch natürlicher Ressourcen ankämpfen müssen. Am 10. März 2022 wurde das Umweltaktionsprogramm 2030 im EU-Parlament verabschiedet, um eine nachhaltige Ökonomie des Wohlergehens aufzubauen.

Das Programm setzt sich klare Prioritäten: Umweltschäden sollen an der Quelle behoben werden, und ein gerechter Übergang ist erforderlich, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird. Die EU verfolgt das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 erheblich zu reduzieren und ein Null-Schadstoff-Ziel zu erreichen. Um dies zu erreichen, sind Maßnahmen zur Förderung einer regenerativen Ökonomie und zur Reduzierung umweltschädlicher Subventionen erforderlich.

Konsequenzen für die Regionen

Die Entscheidungen bezüglich der S18CP und anderer Infrastrukturprojekte sind damit nicht nur lokale

Angelegenheiten. Sie sind Teil eines größeren Wandels, der die Notwendigkeit eines ökologischen Umdenkens und nachhaltiger Verkehrsstrategien widerspiegelt. Die Lustenauer Bürger und viele Vorarlberger fordern eine Lösung, die sowohl die Lebensqualität in der Region verbessern als auch die Umwelt schützen kann.

Insgesamt zeigt sich, dass die politischen Herausforderungen in diesem Bereich nicht nur technischer, sondern auch ethischer Natur sind. Ein sinnvoller Umgang mit den Ressourcen und ein respektvoller Umgang mit der Umwelt sind unerlässlich für eine positive Entwicklung der gesamten Region.

Details	
Ort	Lustenau, Österreich
Quellen	• www2.oekonews.at • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at